

Absender:

**Die Fraktion P2 im Rat der Stadt /  
Fraktion BIBS im Rat der Stadt**

**18-07655**

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 17-05999 Änderung der  
Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und  
Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des  
eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung)**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.03.2018

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)  
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

06.03.2018 N  
13.03.2018 Ö

**Beschlussvorschlag:**

Die darin befindlichen Kosten-/Gebürenerhöhungen finden keine Anwendung auf Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten im Rahmen der Informationsfreiheitssatzung. Die Satzung ist entsprechend anzupassen.

**Sachverhalt:**

Der Zugang zu Informationen sollte für die Bürger und Einwohner der Stadt Braunschweig möglichst ohne Hürden möglich sein. Dies schließt finanzielle Hürden mit ein. Ein hoher Mehraufwand für die Stadt ist nicht zu erwarten, da dieses Werkzeug der Informationsbeschaffung aktuell relativ selten genutzt wird. Daher bitten wir um Annahme dieses Zusatzes.

**Anlagen:**

Keine